

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der E. Meck'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom) für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Nr. 158.

Neuenbürg, Freitag den 11. Juli 1919.

77. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 8. Juli. Für die Kosten der Verbilligung von Lebensmitteln ist ein Zuschuß von 1 1/2 Milliarden erforderlich, den Reich, Staat und Gemeinden zu gleichen Teilen zu tragen haben. Auf Württemberg fällt schätzungsweise ein Anteil von 20—25 Millionen für das laufende Betriebsjahr, also je 7—8 Millionen für die Monate Juli, August und September. Der Kostenanteil der Gemeinden soll durch Anrechnung auf die von den Gemeinden für das Reich verauslagten Kriegsgeheimdienstleistungen gedeckt werden.

Stuttgart, 8. Juli. Die politische Umwälzung und die Folgen haben auch sehr große neue Ausgaben für den Staat mit sich gebracht. Zu den Ausgaben für Arbeiter- und Soldatenräte, sowie für Sicherheitskommissionen, die die Forderungen für das Arbeits- und Ernährungsministerium, die Feuerungsanlagen für Beamte und Arbeiter, sowie die nicht unbeträchtlichen Kosten für Erwerbslosenfürsorge gekommen, außerdem eine Schuld von 60 Millionen Mark für Eisenbahnbauten. Der letztere Schuldenbedarf von 60 Millionen macht es zunächst nicht notwendig, daß der Staat an den Anleihemarkt geht. Da dem württ. Staat immer größere Summen auf Buchschuld zur Verfügung gestellt wurden, (zu einem Zinsfuß von 4% bei einem Kurs von 92%), so wurden diese Beträge sozusagen als Zuschuß auf die vorgeschlagene Anleihe genommen, so daß der Betrag von 60 Millionen Mark jetzt schon durch diese Einzahlungen zur Buchschuld gedeckt ist.

Stuttgart, 9. Juli. Bei der heute begonnenen Beratung des Arbeitsministeriums wurde vom Zentrum die Forderung gestellt, wann mit der endgültigen Behebung des Ernährungsministeriums zu rechnen sei. Es ist wünschenswert, daß die Bilanz so rasch wie möglich beseitigt werde. Dieritz wurde vom Ernährungsminister Baumann, der zurzeit das Arbeitsministerium stellvertretend vertritt, erwidert: Es ist nunmehr fest, daß Arbeitsminister Schilde als Reichsarbeitsminister in Berlin verbleibe. Der Weg für die neue Beratung sei jetzt frei, und es werde jetzt sofort an die Aufhebung herangetreten. Eine längere Stellvertretung sei nicht möglich und wäre im Interesse der Geschäftsbearbeitung unerwünscht. Der Ausschuß nahm hiervon Kenntnis.

Carlsruhe, 10. Juli. Die Einbeziehung Elsaß-Lothringens in den französischen Staatsverband geschieht am 20. Juli durch einen feierlichen Akt im ehemaligen Kaiserpalast in Straßburg. Generalkommissar Müller leitet die Zeremonie, der voraussichtlich auch Clemenceau, Poincaré und mehrere französische Generalführer sowie Mitglieder der Alliierten beizuwohnen. In einer amtlichen Erklärung wird gesagt, daß von diesem Tag ab alle inneren Elsaß-Lothringens und außerhalb dieses Gebietes wohnende Elsaß-Lothringer als französische Staatsangehörige zu betrachten sind.

Ludwigshafen, 9. Juli. Innerhalb weniger Tage sind in Ludwigshafen eine große Anzahl Villalen ausländischer Import- und Exportfirmen errichtet worden, die hier Waren magagnomäßig abzulagern suchen. Zu diesem Zweck sind eine Reihe von Generalagenten und Vertreter von Großhändlern eingetroffen. Der Mittelpunkt des Abverkaufs von Lebensmittelverpackungen ist damit von Saarbrücken nach Ludwigshafen verlegt worden, in der Voraussetzung, daß sich bald der Handel nach dem unbesetzten Gebiet wieder erheben wird und man dann mit der Handelsstadt Mannheim große Abschlüsse machen kann. In Ludwigshafen ist nun zur Zeit mit ausländischen Lebensmitteln geradezu Überflutung.

Berlin, 10. Juli. Die „Tägliche Rundschau“ meldet: Der frühere Redaktionschef des deutschen Kronprinzen, Minister Richter, hat an Clemenceau ein Schreiben geschrieben, in welchem er sich für den Fall, daß ein Verfahren gegen den früheren deutschen Kronprinzen eingeleitet werden solle, bereit erklärt, unter Eid zu bezeugen: 1. daß der deutsche Kronprinz vor dem Kriege mit Energie politische Bemühungen unternahm, deren Verwirklichung den Ausbruch eines europäischen Krieges unmöglich gemacht hätte; 2. daß sich der Kronprinz im Herbst des Jahres 1914 dafür eingesetzt hat, Friedensverhandlungen mit Frankreich herbeizuführen; 3. daß der Kronprinz im Jahre 1917 Pläne befragt hat, welche darauf abzielten, den allgemeinen Frieden durch die Vermittlung Großbritanniens zu erreichen.

Berlin, 9. Juli. Die deutsche Regierung ist über den Wunsch an die Entente herangetreten, den Polen den Wunsch zu übermitteln, die durch den Friedensvertrag entstandenen Differenzen zwischen Preußen-Deutschland und Polen in gütlicher und korrekter Weise zu regeln. Es sollen von beiden Seiten Kommissionen ernannt werden, die sich sofort in Berlin zusammensetzen.

Berlin, 10. Juli. In der Frage der Auslieferung der deutschen Kriegsgefangenen scheinen noch in nächster Stunde erneute Schwierigkeiten von Frankreich gemacht zu werden. Frankreich knüpft an die Auslieferung der deutschen Gefangenen die Bedingung, daß einige hundert französische Kriegsgefangene, die sich noch in Deutschland befinden, deren Aufenthalt aber der deutschen Regierung nicht bekannt ist, von deutscher Seite zuerst angeliefert werden.

Die Belastung der großen und mittleren Einkommen durch die neue Steuererhöhung.

Stuttgart, 8. Juli. Bei der Gegenüberstellung der bisherigen Belastung des Einkommens durch die staatliche Einkommensteuer und die im württ. Staatshaushalt für 1919 vorgeschlagene neue Belastung fällt die Tatsache auf, daß der neue Tarif für die mittleren Einkommen zwischen 6000 und 8000 M. eine verhältnismäßig große Steigerung der Höhe und eine steuerliche Mehrbelastung um Doppelte vorsieht. Bei einem Einkommen von beispielsweise 7000 M. würde die Staatssteuer allein (ohne die Gemeindesteuer!) nahezu 500 M. (gegen früher 250 M.), also 7% des Einkommens betragen. Der Satz steigt dann bei den hohen Einkommen (von 300000 M. an aufwärts) bis auf 25%. Bei einer Vergleichung darf nicht übersehen werden, daß die hohen Einkommen eine weitere sehr wesentliche Besteuerung erfahren durch die vorgesehene Erhöhung der Kapital- und Realsteuern. Auch durch die neuen Reichsteuern werden die großen Vermögen ganz außerordentlich in Anspruch genommen. Die steuerliche Belastung der großen Einkommen berechnet sich tatsächlich auf 39%. Die schärfere Heranziehung auch der mittleren Einkommen war deshalb wohl unumgänglich, wenn man nicht die laufenden Ausgaben des Staatshaushalts, die sich zweifellos weiter fortsetzen werden, auf Schulden nehmen wollte.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 9. Juli. Bei der Beratung des Gesetzentwurfs betr. Ratifikation des Friedensvertrags führte Reichsminister der auswärtigen Angelegenheiten Müller u. a. aus: Aufrechterhalten bleibt heute und immerdar unser einstimmiger Protest gegen diese Vertragsgewaltigung. Aufrechterhalten bleibt aber ebenso unsere Zusicherung der Vertragserfüllung bis zum Aushalten. Wir müssen ohne Vorbehalte, ohne Hinterhältigkeit in die neuen Pflichten eingehen. Inwiefern wir sie für unerfüllbar halten, haben wir ausgeführt, als unsere Unterschrift erzwungen wurde, aber für die Grenze der Erfüllbarkeit darf uns keine Schuld und kein Vorwurf treffen. Wir alle, unser ganzes Volk steht heute vor dem Aufbruch zu einem vierzigjährigen Kampf durch die Wüste, anders kann ich die kommende Zeit nicht nennen. Der erste Schritt auf dem Lebenswege ist die Ratifikation. Wir haben sie zufolge der letzten Worte Clemenceaus befehlen, weil uns die Aufhebung der Blockade in Aussicht gestellt war. Wir konnten diesen Griff an die Ehre des deutschen Volkes keinen Tag länger erdulden, nachdem wir Jahr für Jahr und Tag für Tag unter der Hungerblockade Frauen, Kinder und Greise dahinsiechen sahen. Die Politik, die wir im neuen Deutschland machen, darf nicht mehr auf Kosten von Menschen gemacht werden. Neben der Gewissheit der Aufhebung der Blockade haben wir noch die Hoffnung auf die Rückkehr unserer Kriegsgefangenen. Wenn das Wort Frieden nicht jeden Sinn verlieren soll, muß die Rückgabe der Gefangenen jetzt erfolgen. Sobald der Friedensvertrag auch von dreien der gegnerischen Hauptmächte unterzeichnet ist, was in wenigen Wochen der Fall sein wird, haben wir ein zerstücktes Deutschland, von dem ein Teil abgerissen ist, der nach Sitten und Sprache zu unserem Volke gehört, ohne daß die Bevölkerung vorher das Recht erhielt, nach freiem Willen über ihre Staatsangehörigkeit zu bestimmen. Wir haben nicht die Macht, das Unglück zu verhindern; wir wollen aber diesen Deutschen versichern, daß wir sie nie vergessen, wie wir auch fest glauben, daß sie niemals unsere gemeinsame Geschichte vergessen und unser gemeinsames Leben verleugnen werden. Im übrigen wollen wir unser deutsches Haus mit allen Kräften, die uns verbleiben, in der schweren Zeit, die uns bevorsteht, so ausrüsten, daß in unserm Schwestern und Brüdern, die uns entziffen werden, das Bewußtsein nationaler Zusammengehörigkeit wirksam bleibt, bis auf friedlichem Wege in hoffentlich nicht zu fernem Zeitpunkt in einem modernen Bunde der Völker alle strittigen nationalen Probleme eine gerechte, d. h. den Willen der Völker achtende Lösung finden.

Die Reden der Abgeordneten Krähig (Soz.), Spahn (Ztr.), Schäding (Dem.), Traub (Deutschnat.), Kahl (D. Vp.), Henke (N. S. P.), Winnig (Soz.), Allecotte (Ztr.) und Waldstein (Dem.) bildeten einen einzigen langen Protest gegen den uns aufgezwungenen Gewaltfrieden, dessen Bedingungen als unerfüllbar bezeichnet werden. Abg.

Schäding bemerkte am Schlusse seiner Rede, in welcher er den ablehnenden Standpunkt seiner Partei zur Ratifikation des Friedensvertrages begründete: Wir sehen unsere Hoffnung auf das Gewissen der Welt und auf das Wiedererwachen und Erstarken des Rechtsgedankens, das eine Revision dieses Vertrages herbeiführen muß. Ihr deutschen Brüder und Schwestern im Norden, Westen und Osten, wir deutschen Demokraten rufen Euch zu: Bleibt Deutschland treu!

Abg. Traub (Deutschnat.) bezeichnete Leid und Furcht vor unserem Aufstieg als die einzigen Triebfedern der Teilnahme Englands am Kriege. Die Illusion des Internationalismus sei zerstört. Man habe sich vor der Illusion, als ob die Gegner den Frieden für unerfüllbar halten, die hätten nichts Gutes von ihnen zu erwarten. Die Deutschen werden dem Feinde nichts verzeihen. Es wird kommen der Tag der deutschen Befreiung. Gott der Gerechte siehe uns in Gnaden bei, und sollte man es wagen, die Hand auf die besten Führer unseres Volkes zu legen, so sagen wir: Hand weg! (Lebhafte Beifall.) Alles hat seine Grenzen. Die Ehre eines geknechteten Volkes ist seine höchste Gerechtigkeit. Die Ehre ist kein leerer Wahn. Die Ehre ist alles. Clemenceau sprach zu Paris 1871: „Da mußte ich mit eigenen Augen und mit zerrissenem Herzen Zeuge sein des Unglücks, das so schrecklich ist, daß die Wunde nie vernarben konnte.“ Wir schauen heute unvergleichlich viel größeres Unglück. Wir geloben dasselbe: Die Wunde dieses Friedensschlusses wird nie vernarben. Sie soll nie vernarben. (Lebhafte Beifall rechts und Handklatschen auf den Tribünen.)

Den einmütigen von lebhaften Beifallskundgebungen begleiteten Protestreden schloß sich Präsident Fehrenbach an:

Ein echt deutscher Stamm kann in dieser Stunde nicht zu Ihnen sprechen: Elsaß-Lothringen! Ich fühle mich als Präsident der Nationalversammlung verpflichtet, mich der Verwahrung der Vertreter anderer von Deutschland losgerissener Gebiete anzuschließen. (Lauter Beifall.)

In namentlicher Abstimmung erfolgte in 3. Lesung die Annahme des Gesetzentwurfs, an welcher sich 323 Abgeordnete beteiligten, 208 stimmten mit Ja, 115 mit Nein, womit die Ratifikation angenommen ist.

Bei Fortsetzung der ersten Beratung des Steuergesetzes in der Nachmittagsitzung tabelt Graf von Posadowsky (Deutschnat.) die harten Worte des Finanzministers Erzberger über einen Amtsvorgänger. Er wolle Erzberger nur wünschen, daß sein Nachfolger nicht Anlaß zu ebenso einseitiger Beurteilung seiner Tätigkeit finde. Er hält bei der riesigen direkten Steuerlast den Ausbau auch der indirekten Steuern unbedingt geboten. Wir würden der großen Vermögensabgabe, die 80 bis 90 Milliarden bringen soll, nicht zustimmen können, wenn sie der direkten Tilgung eines großen Teiles unserer Schulden dienen soll, denn die Tilgung der Kriegsschulden können wir auf Jahrzehnte verteilen. Mit der Arbeitslosenunterstützung muß aufgeräumt werden. Vor allem fordere ich von der Regierung eine Nachkontrolle und eine Statistik der Ausgaben der Arbeiter- und Soldatenräte.

Reichsfinanzminister Erzberger: Ich werde alle Energie aufwenden, um die Finanzschwierigkeiten zu beseitigen. Aber die Verantwortung liegt bei der Nationalversammlung. Die Kritik an meinem Amtsvorgänger war allerdings eine Neuerung, aber das neue System möchte ich nicht belasten mit den Fehlern des alten. Ich bitte nicht um ein mildes, sondern um ein gerechtes Urteil. Mein Urteil war nicht nur gerecht, sondern äußerst milde. Staatssekretär Heffrich hat sich der ordentlichen Steuergesetzgebung, namentlich der Kriegsgewinnsteuer, widersetzt, wie überhaupt jeder durchreisenden Finanzprüfung während des Krieges. Wer das Gegenteil behauptet, besitzt kein finanzpolitisches Urteil. Der Gesamtbedarf des Reiches kann tatsächlich nicht durch direkte Steuern allein gedeckt werden. Der Friedensvertrag schafft ganz neue Verhältnisse in der Struktur Deutschlands. Er wird ganz anders wirken, als als diejenigen denken, die ihn uns aufgezwungen haben. Wie Napoleon nicht hindern konnte, daß Deutschland später ein mächtiger Staat wurde, so wird aus dem jetzigen Frieden, der nicht dauern wird, einst der gewöhnliche deutsche Nationalstaat entstehen. Zum Artikel der Sparamkeit nur eines: Für sozialisierte Betriebe bin ich als Finanzminister nicht in der Lage, Zuschüsse aus den Mitteln der Allgemeinheit zu geben. Die einzige Abhilfe liegt darin, systematisch auf eine Senkung der Preise hinzuwirken, und zwar nicht nur der Preise für Lebensmittel, denn die sind auch im Ausland fast ebenso hoch, sondern in der Linie für Kleider und Schuhe. Das muß und das wird geschehen, denn ein absolut unverschuldeter Beamtenstaat ist das erste Erfordernis für eine Wiederbelebung Deutschlands.

Anzeigenpreis:
Die einseitige Zeile oder deren Raum 20 Pf. außerhalb des Bezirkes 25 Pf. bei Anstaltsverteilung durch die Geschäftsstelle 30 Pf. extra.
Reklame-Zeile 50 Pf.
Bei größeren Aufträgen entsprechend Rabatt, der in falls des Mahnverfahrens hinfällig wird.

Schlaf der Anzeigenannahme 8 Uhr vorm.
Fernsprecher Nr. 4.
Für telef. Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

Dübler
G.
erbstammen
s
endfen
Rohr zum
angeboten.
für wollen
er Schande
g.
nemes
holz
en
r Krank
ein a
en
esub.
ushalt, mit
hat, grüch
r später.
n der Ge
attes.
16.
del tüchtige
ädchen
lein.
kenstein.
ädchen
ädchen
arzenberg.
Bartenackel
s und Wü
u in gut
Zeit,
Stuttgart,
61.
4.
ufen
erfelbe kam
und Erfolg
bäre abge
Seufried,
ger.
nhardt.
ung!
jedermann
abzugeben
sie bezahlt
Krauf.
er.
chtige
ahrkuh
noch neu
bf=
schine
wein
aufmann
ner.
er.



Nach Ausführungen des Abg. Burm (Unabh.), der dem Zentrum die größte Schuld an der leichtsinnigen Finanzwirtschaft zuschreibt und des Abg. Dr. Becker-Olsen (D.D.), der die Kritik Erzbergers als unangebracht bezeichnet und für die absolute Sicherheit der Kriegsanleihe eintritt, schließt die Besprechung.

Die gesamten Steuervorlagen werden gemäß einem Antrag Schiffer (Dem.) an drei Ausschüsse von je 28 Mitgliedern verwiesen. Das noch zur dritten Beratung stehende Reichsbedeckungsgesetz wird an den Ausschuss zurückverwiesen. — Nächste Sitzung Donnerstag nachmittags 3 Uhr: Beratungsentwurf.

Ausland.

Wien, 10. Juli. Einer Meldung der polnischen Zeitung „Nowa“ zufolge sollen in Oberösterreich schwarze Truppen verwendet werden. Diese Truppen sollen später durch Amerikaner abgelöst werden. Wie es heißt, sind bereits 12000 Mann Amerikaner auf dem Marsche nach Oberösterreich.

Basel, 9. Juli. Reuter verbreitet eine Blättermeldung, wonach der Minister des Auswärtigen in Frankreich die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland ernstlich ermägt, da nach Unterzeichnung des Friedensvertrages kein Hindernis mehr dafür bestehe.

Paris, 10. Juli. Die „Humanité“ schreibt: Das Ansehen Frankreichs im Elsass ist nach Abschluß des Friedensvertrages in keiner Weise gestiegen. In den 7 Monaten seit der Befreiung kam es des öfteren zum Ausdruck sehr tiefgehender Unzufriedenheit, die namentlich in den Arbeiterkreisen herrscht. Die beiden sozialdemokratischen Vereinigungen haben in der letzten Zeit einen sehr bedeutenden Zuwachs erhalten.

Lugano, 10. Juli. Nach dem „Corriere della Sera“ beschloß die italienische Regierung die Aufhebung der Briefzensur gegenüber den Zentralmächten. Die Presse erklärt darin eine große wirtschaftliche Erleichterung für Deutschland.

Paris, 10. Juli. Nach dem „Lyoner Progrès“ erklärte Renaud von der Armeekommission der Kammer und Viviani einem Vertreter des „Matin“ gegenüber, die Armeekommission plane einen obligatorischen Heeresdienst von einem Jahre bis höchstens 15 Monaten.

New-York, 9. Juli. Präsident Wilson ist hier eingetroffen und nach Washington weitergefahren. Hierbei hat er eine seiner bekanntesten salbungsvollen und heuchlerischen Reden gehalten, daß Amerika sich in den Dienst der Menschheit stellen müsse, die nicht einmal die Druckerstriche wert sind. Nach seinen Taten wissen wir, was von Wilson zu halten ist.

Folgen des Streits.

Von zuverlässiger Seite wird aus der Schweiz berichtet: Die Schweizer Banken haben eine Vereinbarung getroffen, die bereits wieder auf 65 gestiegene Reichsmark sofort wieder auf den alten Kurs von 46 sinken zu lassen, sobald sich in Deutschland neue Unruhen ereignen sollten.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 9. Juli. Die letzte Viehzählung in Württemberg vom 2. Juni 1919 hatte folgendes Ergebnis: Die Zahl der Pferde betrug 99564, gegenüber dem 1. März d. J. mehr 498 Stück. Rindvieh wurden insgesamt etwa 1042908 Stück gezählt, das sind 14467 Stück weniger als am 1. März. Bei den Schafen zeigt sich bei einem Gesamtbestand von 277133 Stück eine Zunahme von 5666, die ausschließlich auf Altschafe entfällt. Schweine wurden etwa 226706 Stück gezählt, das sind 1217 mehr als am 1. März. Ziegen 158054 Stück oder 17239 mehr; Kaninchen 161386 Stück oder 913 weniger als am 1. März.

Neuenbürg, 7. Juli. Im Amtsblatt der Württ. Verkehrsanstalten wird bekannt gegeben: Die Reichsbanknoten zu 50 M., Ausgabe vom 20. Oktober 1918, sind nach der Annahme anzuhalten und nicht mehr auszugeben.

Der Tag der Abrechnung.

Roman von A. v. Trystedt.

33

(Nachdruck verboten)

Er will um jeden Preis eine bevorzugte Stellung in der Welt erreichen, sich ein Vermögen schaffen, um es mir zu Füßen zu legen, wie er sagt. Dabei vergreift er sich in den rechten Mitteln. Er beschäftigt sich nämlich unangelegentlich mit Erfindungen, sie nehmen sein ganzes Denken ein, ohne ihm bisher nur den kleinsten Erfolg gebracht zu haben. Die Enttäuschungen verderben ihm natürlich die Stimmung, verleiden ihm jede Freude. Nur selten gelingt es mir, ihn aufzuheitern, seinen Grübeln zu entreißen.

Kollmer stand auf, um sich zu verabschieden. Wenn Herr Welsh Sie wirklich lieb hat, wird er sein Stiefpferd, sich mit Erfindungen zu beschäftigen, aufgeben müssen. Tut er das nicht, so wird er Sie unglücklich machen, Baroness, denn das Erfindertier ist eine Krankheit, ein wahrer Krebschaden, und wer davon befallen, sollte für sich bleiben und nicht noch ein zweites Wesen mit unglücklich machen.

Edith schwieg; sie fühlte, daß Kollmer die Wahrheit sprach. Früher hatte sie so zuversichtlich gehofft, den Sinn ihres Verlobten beeinflussen, ihn von der Sucht nach Patenten ablenken zu können. Aber in der letzten Zeit war sie mühsam geworden, sie fürchtete sich vor der Zukunft. An der Ehe Trindens hatte sie gesehen, wie scharfe Konsequenzen das Leben zieht. Sie wollte aber nicht, wie Lona, Schiffbruch in der Ehe erleiden.

Magnus bat, nachdem beide sich vom Forstmeister verabschiedet, sie durch den Wald begleiten zu dürfen, und Edith gab ihm keine ablehnende Antwort.

Aber stumm und bedrückt gingen sie nebeneinander, den eigenen Gedanken nachhängend. Die alte Geschichte hatte beiden die fröhliche Harmlosigkeit gründlich gestört.

Unter der weltfälligen Buche, dem Schlosse gegenüber,

sondern an die Reichsbank bezogen, an die zur Entgegennahme der Abchlagslieferungen bestimmten Stellen abzuliefern.

Württemberg.

Stuttgart, 9. Juli. Ueber die neuen Erntepreise machte der Ernährungsminister im Finanzausschuß Mitteilungen; danach werden die Preise für Brotgetreide im Jahre 1919 in Württemberg folgende sein: 1 Tonne Roggen oder Gerste 415 M., 1 Tonne Weizen 465 M., 1 Tonne Kartoffeln 125 M. (der Zentner also 6.25 M.); ferner sind festgesetzt für 1 Tonne Aeps 1150 M., für 1 Tonne Mohn 1250 M., und für 1 Tonne Sonnenblumenkerne 900 M.

Sulz a. N., 10. Juli. Fabrikant Max Stehle hat der Stadt 40000 M. zugewiesen, und zwar 25000 M. für einen Schulbaufonds und 15000 M. zur Erbauung einer Badeanstalt. Auf mehrere ihm gehörige Baupläne hat er verzichtet, wodurch es ermöglicht wird, zur Behebung der großen Wohnungsnot weitere Wohnhäuser zu erstellen.

Schramberg, 10. Juli. Dieser Tage ist bei einer hiesigen Firma die erste direkte Warenbestellung aus Italien eingelaufen.

Mödingen, 10. Juli. Bei einem Landwirt in Seebastiansweiler wurde eine Hausfuchung vorgenommen und 50 Pfund Schweinefleisch, zwei frischgeschlachtete Kälber, sieben Zentner Haber, fünf Zentner Gerste und ein Zentner Korn beschlagnahmt.

Künzelsau, 10. Juli. Gestern nacht bemerkte der Nachwächter zwei Personen, die sich in verdächtiger Weise an dem Heller'schen Hause zu schaffen machten. Es wurde ein Saal leidet entdeckt, den die Diebe dort versteckt hatten. Das Leder war bei dem Gerbermeister Kraut gestohlen worden. Als die Diebe ihren Raub abholen wollten, wurden drei Männer nach heftiger Gegenwehr festgenommen, während zwei entliefen. Sie stammen aus Heilbronn.

Giengen a. Br., 10. Juli. In der Nähe des benachbarten Viehhofes beobachtete ein Spaziergänger, wie ein Fuchs seine Beute, ein armes Häslein, gegen eine Schar Raben verteidigte. Besonders starke Raben stießen wiederholt wütend auf den Fuchs herab und setzten ihm durch kräftige Schnabelhiebe derart zu, daß er seine Beute im Stiche ließ und im nahen Dickicht verschwand. Auf dem Kampfplatz blieben das tote Häslein, ein toter Rabe und eine Menge Rabenfedern.

Baden.

Karlsruhe, 9. Juli. Vor dem Schwurgericht stand der 47jährige Goldarbeiter Gottlob August Göffele aus Gutingen wegen Körperverletzung mit Todesfolge. Er hat am 15. April in der Lurstraße in Pforzheim seine Frau totgeschossen; Göffele war im Felde. Während der ganzen Zeit nahm es seine Frau mit der ehelichen Treue nicht genau, sie gab sich mit anderen Männern ab, führte einen ausschweifenden, verschwenderischen Lebenswandel und vernachlässigte Kinder und Haushaltung. Während ihr Zeugnis kein guter ist, wird Göffele durchweg ein gutes Zeugnis ausgestellt. Unter Jubilation mildernder Umstände wurde Göffele zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Mannheim, 9. Juli. Das Schwurgericht verurteilte am Mittwoch den Kassendiebstahl Wilhelm Wittmer aus Waldorf wegen Mordes und versuchten Raubes zum Tode. Wittmer hatte am 30. Dezember vorigen Jahres im Rathaus zu Waldorf den Sparkassenrechner Ludwig Kiemenperger überfallen und erschossen. Der Räuber hatte die Absicht, sich der Schlüssel zum Kassenschränk zu bemächtigen und diesen zu berauben, wurde aber auf frischer Tat festgenommen. Wittmer war Kriegsinvalide und bisher nicht bestraft.

Mannheim, 9. Juli. In einem blutigen Zusammenstoß kam es bei Hüttenfeld zwischen Forstbeamten und zwei jugendlichen Wilderern. Förster Zimmermann und sein Sohn trafen die zwei Wilderer, die sofort Feuer gaben und Zimmermann am Oberschenkel verletzten. Zimmermann gab darauf

reichten sie sich die Hände. Dabei sah Magnus tief in Ediths blaue Augen; sie errötete bis in die Stirn hinauf. Einig ging sie davon.

Als sie sich an der Pforte noch einmal umschau, stand Magnus auf derselben Stelle, wo sie ihm Beibwohl gelagert, und schaute ihr nach.

10. Kapitel.

In einem der nächsten Tage prüfichten Baron Hochfeld und Forstmeister Hübner durch den Forst. Gemächlich schritten sie aus, jeder seiner Gedanken hingebend. Der Forstmann freilich vernahm jedes Geräusch, er achtete auf alles, seinem geübten Ohr entging so leicht nichts.

Und doch waren seine Gedanken weitab; denselben Ausdruck gebend, sagte er plötzlich:

„So absurd es klingen mag, Baron, ich kann noch immer nicht glauben, daß Wolfgang damals in der Fremde gestorben und verdorben sein soll, ohne eine Nachricht für uns zu hinterlassen. Wir sind teigbin oftmals Zweifel an seinem Tod gekommen.“

Liebertrost wandte Hochberg den Kopf. „Wie kommen Sie auf dieses Thema, Hübner, das schon vor Jahrzehnten als erledigt anzusehen war?“

Gewiß, es sind nahezu dreißig Jahre, als Wolfgang auf und davon ging — fast ein Menschenalter — und kein einziges Zeichen gelangte in dieser langen Zeit zu uns, das Kunde von ihm gegeben hätte. Und doch komme ich nicht los von dem Gedanken, daß Wolfgang noch unter den Lebenden weilt, daß wir ihn eines Tages wiedersehen werden.“

In dem feinen, nördlichen Gesicht des Schlossherrn war ein Juden wie von verborgener Lein. „Lassen wir doch die Toten ruhen!“ sagte er halbblau, „sie rächen sich an den Lebenden, wenn man ihren Frieden stört.“

Hübner schüttelte den Kopf. „Seit wann gefallen Sie sich in Ammenmärchen, Baron? Ich würde es für zweckentsprechender halten, wenn Sie die Ausrufe, welche Sie vor fünfzehn Jahren in den Zeitungen erlassen, noch einmal wiederholen würden. Wolfgang kann damals krank

auch einen Schuß ab und tötete den 17jährigen Wildererschneider aus Hüttenfeld durch einen Bauchschuß. Der andere Wilderer ist ein 16jähriger Burche, ebenfalls aus Hüttenfeld. Die beiden Wilderer waren im Besitze von Militärkarabinern. Zimmermann ist außer Lebensgefahr.“

Freiburg, 8. Juli. Am helllichten Tage entlich heraus ein etwa 13jähriger Junge auf der Straßenbahn einer älteren Frau die Handtasche und entfloß damit. Jugend von heute! Lörrach, 9. Juli. Der badische Bahnhof in Badewien wird in der Zeit vom 15. bis 20. Juli wieder dem allgemeinen Betriebe übergeben werden. Es verkehren wieder in jeder Richtung Züge. Ein besonderer Fahrplan hierüber soll ausgegeben werden.

Waldkirch, 10. Juli. Die hier zusammengehaltene badische Edelweißbatterie Nebem ist am 23. Juni nach dem jetzt eingegangenen zuverlässigen Nachrichten auf dem Vormarsch zwischen Wende und Walwa von esthischen Partisanen überfallen worden. Der Batterie gelang es zwar, sich nicht durchzuschlagen, leider erlitten aber dabei Leutnant Kabe, Leutnant Hillemann, Fähnrich Ebers und 12 bis 13 Mann den Heldentod. Leutnant Schlagerer war bereits vorher schwer verwundet worden. Ueber den jetzigen Aufentsatz der Abteilung liegen nähere Nachrichten noch nicht vor.

Waldshut, 9. Juli. Ein schweres Unglück ereignete sich in Waltersweil, als der Sohn der Mälerswitwe Schinger einen in den Hühnerhof eingebrachten Fuchs zu fressen wollte. Der junge Mann stürzte, die Waffe entließ sich und der Schuß traf Frau Stubinger, die so schwer verletzt wurde, daß sie starb.

Vermischtes.

Gammertingen (Hoh.), 10. Juli. Drei Schindelhändler wurden kurz vor Abgang des Zuges erwischt und ihnen 113 Pfund Schweinefleisch und 35 Pfund Butter abgenommen.

Kassel, 9. Juli. Nach amtlichen Mitteilungen der hiesigen Eisenbahndirektion wird der Gesamtschaden, der am Güterbahnhof in Vehra entstand, auf 125 Millionen Mark geschätzt. Es sind hauptsächlich Lebensmittel verbrannt, die für Süddeutschland bestimmt waren.

Berlin, 10. Juli. Ein Explosionsunglück ereignete sich gestern in der Berliner Kunstfeuerwerkerei von Deichmann u. Co. bei Weihensee. Dort entzündete sich durch Nachlässigkeit eine große Anzahl für die Heeresverwaltung bestimmter Explosivstoffe. Es flogen zwei Düser in die Luft. Drei Personen wurden getötet und mehrere verletzt.

Segnungen der Kätrepublik. Die „Neue Züricher Zeitung“ bringt über die Zustände in Vaduz die Schilderung eines Schweizer, der zu entnehmen ist, daß die Preise für Lebensmittel eine erschreckende Höhe erreicht haben. Eine Gans kostete 1200 Kronen, ein Fuhn 340 Kr., ein Ei, das vor 14 Tagen 2 Kronen kostete, ist jetzt nur noch zu 5 Kronen erhältlich. Eine Milchziege, die vor zwei Monaten für 1500 Kronen gekauft wurde, wird heute, wie der Schreiber als Zeuge versichert, für 3500 Kronen an den Mann gebracht.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 10. Juli. Der württembergische Landtag tritt nächsten Dienstag nachmittags 4 Uhr, zusammen. An der Tagesordnung stehen u. a.: Anfrage der Abg. Wiber und Gen. über die Einschmuggelung teurer Fertigfabrikate vom Ausland nach Württemberg; Anfrage der Abg. Bayer und Gen. über die Sicherstellung des Kohlenbedarfs und Anfrage der Abg. Schauble und Gen. über Zusammenführung von Textilwaren aus den Heeresbeständen an Kriegsteilnehmerverbände.

Karlsruhe, 10. Juli. Amtlich wird mitgeteilt: Bekanntlich wurde am 25. Juni d. J. in Reßl Hilt's Staatsanwalt Weber und Amtsrichter Frisch wegen unrichtmässigen Einschreitens gegen den vielgenannten Rechtsagenten Hompa in Regelsburt, der sich hochverräterisch

im Spital gelegen haben, vielleicht erfuhr er nie etwas von den Aufrufen, die ihm Kunde geben sollten, daß er in der Heimat nicht vergessen, sondern vielmehr seine Rückkehr von Herzen gemünst werde.“

Langsam schüttelte Hochfeld den Kopf. „Solche Aufrufe erreichen immer den, welchem sie gelten. Gerade die Leiter großer Krankenhäuser achten aufmerksam darauf. Wäre Wolfgang krank und sich gewesen, hätten die Aufrufe wenigstens einer derselben, erst recht Erfolg gehabt. Aber auch den Gesunden, Tätigen würde die Sohnschaft erreicht haben. Jemand nimmt immer Interesse an Personen, welche unter besonderen Umständen leben.“

„Das gebe ich zu. Aber vielleicht besand Wolfgang sich an einem Ort, wohin weder Post noch Zeitungen gelangten. Damals waren die Verkehrsverhältnisse in den entlegenen Gegenden Amerikas noch sehr mangelhaft; wer von der Heimat nichts sehen und hören wollte, brauchte nur einsame Ansiedlungen aufzusuchen, dort zu gelangen nur selten Nachrichten aus der zivilisierten Welt. Ich halte es für sehr wahrscheinlich, daß ein solcher Zufall schuld daran ist, daß Ihre Aufrufe von Ihrem Bruder nicht gelesen wurden. Möglich auch, daß Wolfgang seinen Namen änderte, den Adel ablegte, um sich ein besseres Fortkommen zu sichern.“

Ein rascher, bestürzter Blick aus grauen, kimmernden Augen streifte den Sprechenden. „Auf welche ungläublichen Ideen Sie kommen, Hübner! Oder haben Sie Nachrichten, die Ihre Vermutungen rechtfertigen?“

Der Forstmeister schüttelte den Kopf. „Nichts dergleichen, Baron, aber — hörten Sie nichts? Wir war es doch schon, als hörte ich einen Schuß. ... Die Förster besagten sich nämlich. Schon seit längerer Zeit wird in mehreren Revieren gewildert, und zwar mit einer beispiellosen Frechheit. Es war bisher nicht möglich, das Wildleben auch nur auf die Spur zu kommen.“

(Fortsetzung folgt)

Prigen...
ebenfalls...
Bensig...
e entlich...
einer Al...
nd von Be...
hof in Be...
er dem Al...
ren wieder...
hierüber...
mmen...
funi nach...
auf dem...
fichen...
ar, sich...
ntnam...
die 13...
ereits...
Aufenth...
or...
lid er...
um...
Fuchs...
Waffe...
o schwer...
rei Sch...
erwisch...
fand...
eilungen...
den, der...
25 Mill...
el ver...
nd er...
Die...
men ist...
Höhe...
40 Ar...
ist...
die vor...
Sente...
Kronen...
ige Land...
namen...
Abg. W...
fertig...
Abg. B...
bedarfs...
weicung...
steilneh...
mitget...
Rehl...
wegen...
nten...
nie etw...
en, das...
mehr...
Solche...
Gerode...
om dar...
die K...
abt. Ab...
oft er...
se an...
Wolfgang...
Zeitungen...
älteste...
e mangel...
en...
n, d...
glois...
ein...
von...
dass...
te, um...
mmern...
unglaub...
Die...
Richts...
wir war...
Die...
it wird...
einer...
glück...
den

hat die Entente nunmehr die Schiffsbewegungen gestattet, die zum Abtransport der Deutschen aus Riga und zur Räumung des Baltikums von den deutschen Truppen nötig sind.

Stettin, 11. Juli. Der Stettiner Schiffsverkehr zeigt einen erheblichen Aufschwung. In einem Tage wurden nicht weniger als 31 aus- und einführende Schiffe gezählt. Graubenz, 11. Juli. Graubenz wird eine polnische Besatzung von 3000 Mann erhalten.

Aachen, 11. Juli. Die belgischen Besatzungstruppen sind am 6. Juli von französischer Besatzung abgelöst worden. Den Befehl über das Gebiet der Regierungsbezirke Aachen, mit Ausnahme der Kreise Cuxen, Düren, Malmedy, Montjoie und Schleiden hat der Kommandeur des 33. A. A. übernommen.

Hundanger, 11. Juli. Hier wurde der Bürgermeister Tripp von betrunkenen amerikanischen Soldaten angefallen. Einer von ihnen versetzte dem Bürgermeister mit seinem Browning einen Schlag auf den Kopf, der nach kurzer Zeit den Tod des Bürgermeisters zur Folge hatte.

Saaß, 10. Juli. Die Erste Kammer hat mit 34:5 Stimmen die Vorlage Marchand auf Einführung des Frauenwahlrechts angenommen.

Amsterdam, 11. Juli. Der „Telegraf“ schreibt in seinem gestrigen Leitartikel: Die wirtschaftliche Wiederherstellung Deutschlands ist von größtem Interesse für die Völker, die große Forderungen auf Schadenergütungen an Deutschland stellen. Wenn die innere Lage Deutschlands stabilisiert sein wird und das Leben wieder in normale Bahnen einlenkt, dann wird dieses Land wirtschaftlich vermuthlich bald wieder hergestellt sein.

Amsterdam, 10. Juli. Laut „Allgemeines Handelsblatt“ ist in den letzten Tagen eine Reibung zwischen den Engländern und belgischen Truppen in Malmedy zu verspüren. Die Nation belge fragt, was die Briten in Malmedy noch zu tun haben, nachdem dieses Gebiet durch den Friedensvertrag Belgien zugewiesen worden sei. Die flämischen Blätter stellen fest, daß die Belgier in Malmedy noch immer nichts zu sagen hätten und daß der deutsche Landrat noch immer Herr und Meister sei, und zwar mit Unterstützung der britischen Behörden. Zwischen dem britischen Befehlshaber und dem deutschen Landrat bestehe zum Kerger der Belgier ein freundschaftlicher Verkehr. Die belgischen Blätter bringen darauf, daß die belgischen Truppen sofort Malmedy besetzen, wie dies bereits mit Cuxen geschehen ist.

Brüssel, 10. Juli. Die belgische Königin, eine geborene Prinzessin von Bayern, hat dem Erzherzog von Bayern ein Asyl in Belgien angeboten.

Genf, 10. Juli. Aus Paris wird gemeldet, daß gleichzeitig mit der Blockade auch die Aufsicht über den Handel abgeschafft werden wird, die bisher vom Obersten Wirtschaftsrat ausgeübt wurde. Dadurch werde es jedem Franzosen frei stehen, mit deutschen Geschäftsleuten wieder in Verbindung zu treten.

Genf, 10. Juli. Nach Lyoner Meldungen herrscht auf den französischen Kriegsschiffen, die sich in der Nord- und Ostsee befinden, dieselbe Stimmung wie in Odessa. Die Matrosen richteten an den Befehlshaber eine Art Ultimatum, in dem sie die schleunige Heimkehr nach Frankreich forderten.

Lugano, 10. Juli. Im Laufe des gestrigen Tages hat sich die Lage in Südtirol, ferner in Rom, Brescia und Lucin verschlechtert. In Reggio (Calabrien) wurde auf die Menge geschossen. In Turin streikten 40000 Metallarbeiter. Die von dem Präfekten von Venedig ernannte Kommission forderte von der Regierung telegraphisch die sofortige Entlassung der Soldaten und die Herabsetzung des Heeresbestandes auf Friedensstärke. In den Kataomben in der Nähe des Forts Pietralata bei Rom entdeckte die Polizei ein großes Lager von Explosivstoffen.

Berlin, 11. Juli. Die militärische Ueberwachungskommission der Alliierten wird in Ausführung der militärischen Abmachungen der Friedensbedingungen durch Deutschland von sich in Berlin haben und einen französischen Offizier als Chef erhalten. Zum Vorsitzenden der Kommission zur Ueberwachung der Ausführung der maritimen und Luftfahrbedingungen hat der oberste Alliiertenrat in Paris einen britischen Admiral und einen Brigadegeneral bestimmt. Internationale Kommissionen werden in verschiedenen Zentren Deutschlands eingesetzt. Im Ganzen sind für diesen Dienst 260 alliierte Offiziere vorgesehen.

Berlin, 11. Juli. Ueber die Wiederanknüpfung der Handelsbeziehungen mit Italien fanden dieser Tage in Berlin Besprechungen statt. Wie die „Deutsche Tageszeitung“ meldet, soll darauf hingewirkt werden, daß möglichst bald in Rom eine deutsche Handelsabteilung und in Berlin eine italienische Handelsabteilung bei den diplomatischen Betretungen errichtet werde.

Berlin, 11. Juli. Die „Voss. Ztg.“ schreibt entgegen anders lautenden Meldungen, daß Graf Broddorf-Ramkau von ihm angebotenen Posten als deutscher Votschafter in London abgelehnt habe.

Berlin, 10. Juli. Auf energischen deutschen Einspruch

hat die Entente nunmehr die Schiffsbewegungen gestattet, die zum Abtransport der Deutschen aus Riga und zur Räumung des Baltikums von den deutschen Truppen nötig sind.

Stettin, 11. Juli. Der Stettiner Schiffsverkehr zeigt einen erheblichen Aufschwung. In einem Tage wurden nicht weniger als 31 aus- und einführende Schiffe gezählt. Graubenz, 11. Juli. Graubenz wird eine polnische Besatzung von 3000 Mann erhalten.

Aachen, 11. Juli. Die belgischen Besatzungstruppen sind am 6. Juli von französischer Besatzung abgelöst worden. Den Befehl über das Gebiet der Regierungsbezirke Aachen, mit Ausnahme der Kreise Cuxen, Düren, Malmedy, Montjoie und Schleiden hat der Kommandeur des 33. A. A. übernommen.

Hundanger, 11. Juli. Hier wurde der Bürgermeister Tripp von betrunkenen amerikanischen Soldaten angefallen. Einer von ihnen versetzte dem Bürgermeister mit seinem Browning einen Schlag auf den Kopf, der nach kurzer Zeit den Tod des Bürgermeisters zur Folge hatte.

Saaß, 10. Juli. Die Erste Kammer hat mit 34:5 Stimmen die Vorlage Marchand auf Einführung des Frauenwahlrechts angenommen.

Amsterdam, 11. Juli. Der „Telegraf“ schreibt in seinem gestrigen Leitartikel: Die wirtschaftliche Wiederherstellung Deutschlands ist von größtem Interesse für die Völker, die große Forderungen auf Schadenergütungen an Deutschland stellen. Wenn die innere Lage Deutschlands stabilisiert sein wird und das Leben wieder in normale Bahnen einlenkt, dann wird dieses Land wirtschaftlich vermuthlich bald wieder hergestellt sein.

Amsterdam, 10. Juli. Laut „Allgemeines Handelsblatt“ ist in den letzten Tagen eine Reibung zwischen den Engländern und belgischen Truppen in Malmedy zu verspüren. Die Nation belge fragt, was die Briten in Malmedy noch zu tun haben, nachdem dieses Gebiet durch den Friedensvertrag Belgien zugewiesen worden sei. Die flämischen Blätter stellen fest, daß die Belgier in Malmedy noch immer nichts zu sagen hätten und daß der deutsche Landrat noch immer Herr und Meister sei, und zwar mit Unterstützung der britischen Behörden. Zwischen dem britischen Befehlshaber und dem deutschen Landrat bestehe zum Kerger der Belgier ein freundschaftlicher Verkehr. Die belgischen Blätter bringen darauf, daß die belgischen Truppen sofort Malmedy besetzen, wie dies bereits mit Cuxen geschehen ist.

Brüssel, 10. Juli. Die belgische Königin, eine geborene Prinzessin von Bayern, hat dem Erzherzog von Bayern ein Asyl in Belgien angeboten.

Genf, 10. Juli. Aus Paris wird gemeldet, daß gleichzeitig mit der Blockade auch die Aufsicht über den Handel abgeschafft werden wird, die bisher vom Obersten Wirtschaftsrat ausgeübt wurde. Dadurch werde es jedem Franzosen frei stehen, mit deutschen Geschäftsleuten wieder in Verbindung zu treten.

Genf, 10. Juli. Nach Lyoner Meldungen herrscht auf den französischen Kriegsschiffen, die sich in der Nord- und Ostsee befinden, dieselbe Stimmung wie in Odessa. Die Matrosen richteten an den Befehlshaber eine Art Ultimatum, in dem sie die schleunige Heimkehr nach Frankreich forderten.

Lugano, 10. Juli. Im Laufe des gestrigen Tages hat sich die Lage in Südtirol, ferner in Rom, Brescia und Lucin verschlechtert. In Reggio (Calabrien) wurde auf die Menge geschossen. In Turin streikten 40000 Metallarbeiter. Die von dem Präfekten von Venedig ernannte Kommission forderte von der Regierung telegraphisch die sofortige Entlassung der Soldaten und die Herabsetzung des Heeresbestandes auf Friedensstärke. In den Kataomben in der Nähe des Forts Pietralata bei Rom entdeckte die Polizei ein großes Lager von Explosivstoffen.

Berlin, 11. Juli. Die militärische Ueberwachungskommission der Alliierten wird in Ausführung der militärischen Abmachungen der Friedensbedingungen durch Deutschland von sich in Berlin haben und einen französischen Offizier als Chef erhalten. Zum Vorsitzenden der Kommission zur Ueberwachung der Ausführung der maritimen und Luftfahrbedingungen hat der oberste Alliiertenrat in Paris einen britischen Admiral und einen Brigadegeneral bestimmt. Internationale Kommissionen werden in verschiedenen Zentren Deutschlands eingesetzt. Im Ganzen sind für diesen Dienst 260 alliierte Offiziere vorgesehen.

Berlin, 11. Juli. Ueber die Wiederanknüpfung der Handelsbeziehungen mit Italien fanden dieser Tage in Berlin Besprechungen statt. Wie die „Deutsche Tageszeitung“ meldet, soll darauf hingewirkt werden, daß möglichst bald in Rom eine deutsche Handelsabteilung und in Berlin eine italienische Handelsabteilung bei den diplomatischen Betretungen errichtet werde.

Berlin, 11. Juli. Die „Voss. Ztg.“ schreibt entgegen anders lautenden Meldungen, daß Graf Broddorf-Ramkau von ihm angebotenen Posten als deutscher Votschafter in London abgelehnt habe.

Berlin, 10. Juli. Auf energischen deutschen Einspruch

Rom, 10. Juli. In der Kammer waren bei der programmatischen Erklärung Nitti mehr als 300 Deputierte anwesend. Die Kammer hörte Nitti unter großem Schweigen an. Als Nitti Nume erwähnte, erhoben sich alle Deputierte mit Ausnahme der offiziellen Sozialisten und spendeten begeisterten Beifall unter dem Rufe: „Ed lebe Nume!“

Versailles, 10. Juli. Die französischen Eisenbahner haben beschlossen, sich an dem Demonstrationsstreik am 21. d. Mts. zu beteiligen. Infolgedessen wird an diesem Tage von 3 Uhr vormittags an jeder Verkehr in Frankreich 24 Stunden lang ruhen.

Versailles, 11. Juli. In der Umgebung von St. Loup flog ein Munitionslager in die Luft. Zwei deutsche Kriegsgefangene wurden getötet und 12 schwer verwundet.

London, 10. Juli. Das Reutersche Bureau meldet aus Newyork, daß das englische Luftschiff R 34 gestern abend um 11,57 die Rückfahrt nach Schottland angetreten hat.

Washington, 10. Juli. Der Senat hat gestern beschlossen, Wilsons Mitteilungen über den Friedensvertrag und die begleitende Botschaft morgen in öffentlicher Sitzung entgegenzunehmen. Wilson wird um 12,15 Uhr vor dem Senat erscheinen.

Newyork, 10. Juli. Von den vier Millionen Soldaten, die zur Zeit des Waffenstillstandes noch unter der amerikanischen Fahne sich befanden, sind jetzt über drei Millionen entlassen. Am 1. Juli befanden sich in Europa noch 419000 Mann, 122000 auf hoher See und 379000 Mann in Amerika selbst.

Zur Auslieferung des Kaisers.

Versailles, 10. Juli. Der Amsterdamer Korrespondent des „Petit Journal“ berichtet, falls die Entente von Holland die Auslieferung des früheren deutschen Kaisers verlange, werde die holländische Regierung dem Völkerverbund die Angelegenheit zur Entscheidung unterbreiten und sich dessen Entscheidung fügen.

Genf, 10. Juli. Von belgischer Seite wird geäußert, sofern die Aburteilung des deutschen Kaisers in England nicht möglich sein wird, Belgien direkt die Auslieferung des Kaisers von Holland verlangen wird.

Amsterdam, 10. Juli. Der Londoner Korrespondent des „Manchester Guardian“ schreibt: Je näher der Prozeß gegen den Kaiser rückt, desto größer seien die Schwierigkeiten, auf die man stoße. Es seien Anzeichen dafür vorhanden, daß vielleicht der ganze Prozeß aufgegeben wird und man brauche nicht erstaunt zu sein, wenn demnächst eine amtliche Erklärung in diesem Sinne gegeben werde. In rechtshändigen Kreisen sehe man die gesetzliche Unmöglichkeit einer gerichtlichen Verfolgung des Kaisers ein. Das gerichtliche Verfahren gegen die U-Bootkommandanten werde ohne Rücksicht auf die Frage des Kaiserprozesses mit vollständiger Zustimmung Amerikas durchgeführt werden.

Die Blockade eine unauflösbare Schande für England.

Amsterdam, 10. Juli. Englischen Blättern vom 8. Juli zufolge wurde ein Manifest gegen die Blockade veröffentlicht, das u. a. die Unterschriften von Philip Snowden, Dr. Marion, Philipp Walsh und Befant trägt. In diesem Manifest wird erklärt: Die Fortsetzung der Blockade durch 7 Monate des Waffenstillstandes hat in der ganzen neutralen Welt Verwunderung und Entsetzen erregt. Die fortwährende Verwendung einer so grausamen Waffe bildet eine unauflösbare Schande für England, das mit daran beteiligt ist. Wir appellieren an unsere Landsleute und an alle diejenigen, denen die Ehre Englands teuer ist, das die zivilisierte und christliche Welt vor allem in dem Bestreben vereinigen möge, die Aushungerungswaffe abzuschaffen.

Forstbezirke Gaidach, Enzklösterle, Herrenalb, Langenbrand, Meißern, Neuenbürg, Wildbad.

Für das Sammeln von Waldbeeren

in den Staatswaldungen werden zufolge Verfügung der Forstdirektion vom 7. Juli 1919 folgende Vorschriften erlassen:

- 1) Das Sammeln durch Nicht-Württemberger ist verboten.
- 2) Allgemein, also auch für die einheimische Bevölkerung, ist verboten:
 - a) das Sammeln an Plätzen, welche durch Einzäunung oder Warnungszeichen geschlossen sind;
 - b) das Sammeln zwischen abends 6 Uhr und morgens 7 Uhr;
 - c) das Uebernachten in den Waldhütten oder sonst innerhalb des Staatswaldes.

Wer den Vorschriften zuwiderhandelt, wird auf Grund von Art. 22 des Württ. Forstpolizeigesetzes bestraft.

Neuenbürg, 9. Juli 1919.

Im Auftrag:
Forstamt Neuenbürg.
v. Gaisberg.

Forstbezirke Hirau, Langenbrand, Liebenzell.

Für das Sammeln von Waldbeeren

in den Staatswaldungen werden zufolge Verfügung der Forstdirektion folgende Vorschriften erlassen:

- 1) Außerhalb Württembergs wohnenden Personen ist das Sammeln von Beeren in den Staatswaldungen bei Strafe verboten.
- 2) Allgemein, also auch für die einheimische Bevölkerung, ist verboten:
 - a) das Sammeln an Plätzen, die durch Einzäunung oder Warnungszeichen geschlossen sind;
 - b) das Sammeln zwischen abends 6 Uhr und morgens 7 Uhr;
 - c) das Uebernachten in den Waldhütten oder sonst innerhalb des Staatswaldes.

Wer den Vorschriften zuwiderhandelt, wird auf Grund des Forstpolizeigesetzes bestraft.

Liebenzell, den 10. Juli 1919.

Im Auftrag:
Forstamt Liebenzell.
Walz.

Kunst-Anzeige.

Die weltbekannte **Seiltänzer-Gesellschaft Ihs** ist wieder hier eingetroffen und gibt auf dem **Turnplatz** **mehrere Vorstellungen.**

Erste Vorstellung Freitag abend nach 8 Uhr. **Weitese Vorstellung** Samstag abend nach 8 Uhr. **Sonntags** finden zwei Vorstellungen statt nachmittags 3 Uhr und abends 8 Uhr.

Bei jeder Vorstellung Besteigung des hochgespannten **Matrosenseils**, wo die schwierigsten Produktionen ausgeführt werden.

Preise der Plätze: Sitzplatz .A 1.50, Stehplatz .A 1.—. Kinder zahlen auf allen Plätzen die Hälfte.

Montag findet die **letzte Abschiedsvorstellung** statt mit bengalischem Feuerwerk auf dem **Matrosenseil**. Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß jedesmal bei der Besteigung des **Matrosenseils** 20 J nachgehoben werden. Näheres befagen die Anschlagplakate.

Zu zahlreichem Besuche ladet ergebenst ein
Director Ihs.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Infolge des zunehmenden

Wohnungsmangels

wird in nächster Zeit auch auf einzelne entbehrliche Zimmer von über den Bedarf hinausgehenden Wohnungen zurückgegriffen werden. Es darf bei Lösung der wichtigen Wohnungsfrage verständnisvolles Mitwirken der ganzen Bevölkerung erwartet werden. Wo sich unbegründeter Widerstand zeigt, werden alle gesetzlichen Mittel zur Befreiung angewendet werden. Die Ueberlassung von Wohnräumen an Hauswärtige ist nur mit Genehmigung der unterzeichneten Stelle gestattet.

Den 10. Juli 1919. **Stadtschultheißenamt**
Knobel.

Arbeits-Bergebung.

Im Auftrage des Bauherren habe ich die nachstehenden Bauarbeiten zu einem **Wohn- und Delonomiegebäude** in **Dobel** im Afford zu vergeben:

- 1) **Maurer-,** 2) **Zimmer-,** 3) **Blechner- und** 4) **Dachdecker-Arbeiten.**

Pläne und Kostenvoranschläge können von den Interessenten bei mir bis zum 16. d. M. eingesehen werden. Die Angebote sind bis zum vorgenannten Zeitpunkt einzureichen.

Dobel, den 9. Juli 1919.
Carl Rugele, Architekt.

Feine blaue Leine

für **Kostüme, Staubmäntel, Blusen, Röcke, Jupons, Mädchen- u. Knaben-Kleider** :: **Vorhänge, Unlets** u. ::

empfehl sehr preiswert

Fr. Seuser, Herrenalb.

Muster zu Diensten.



